

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Neumann, Michael Theurer, Reinhard Houben, Dr. Marcel Klinge, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

Freiheitszonen für Mut und Vertrauen in den Kohleregionen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der geplante beschleunigte Ausstieg aus der Kohleverstromung und der damit einhergehende Strukturwandel in den Kohleregionen braucht spezifische Instrumente und Maßnahmen, um den Regionen Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Dem Verlust eines großen Anteils der Wertschöpfung und vieler Arbeitsplätze in diesen Regionen muss ein Bündel aus wirtschaftlichen Werkzeugen entgegengesetzt werden.

Den Kern sollen hierbei Freiheitszonen zur wirtschaftlichen Entfaltung bilden. Freiheitszonen sind räumlich abgegrenzte Bereiche innerhalb einer Volkswirtschaft. Sie besitzen einen höheren Freiheitsgrad im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen und bieten besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen (vgl. Drucksache 19/19324). Dadurch werden Gründungen und Ansiedlungen von Unternehmen wie auch Unternehmensnachfolgen erleichtert.

Der von der Bundesregierung geplante politische Eingriff wird weitreichende Folgen für die Kohleregionen haben. Demnach müssen Investitionsanreize in den betroffenen Gebieten z.B. durch die Förderung der Gründer- und Innovationskultur gesetzt werden. Die Basis dafür kann eine umfängliche digitale Infrastruktur sein, welche innovative Verwaltungsverfahren hervorbringen und Genehmigungsbeschleunigungen erzielen kann. Freiheitszonen sind dabei auf verschiedenste Wirtschaftsbereiche anwendbar. Nicht nur in Industrie und Produktion haben sie sich

international bewiesen. Auch in anderen Bereichen wie Tourismus und Landwirtschaft wurden sie bereits eingesetzt.

Deshalb sollte es in den Kohleregionen Experimentierräume für Innovation geben, in denen sich Gründerzentren, Start-ups, Spin-offs und innovative Mittelständler in Zusammenarbeit mit Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Transferzentren und zivilgesellschaftlichen Organisationen entfalten können. Hier sollen andere regulatorische Freiheiten und steuerliche Bestimmungen gelten als sonst üblich. Außerdem sollte es in den Freiheitszonen die Voraussetzungen dafür geben, innovative Produkte und Dienstleistungen unter realen Bedingungen in Reallaboren zu testen. Was sich hier bewährt hat, kann auch im Rest des Bundesgebietes zum Einsatz kommen. Das erforderliche Kapital kann durch Zusammenschlüsse regionaler Unternehmen, Stiftungen und Geldinstitute bereitgestellt werden.

Der vorgezogene Kohleausstieg stellt die drei deutschen Kohlereviere in der Lausitz, im Rheinland und in Mitteldeutschland vor enorme Herausforderungen. Durch den Wegfall tausender Industriearbeitsplätze und der damit verbundenen Wertschöpfung droht insbesondere die peripher gelegene Lausitz ins wirtschaftliche Abseits zu geraten. Bis heute ist völlig unklar, ob rechtzeitig neue Arbeitsplätze und Wirtschaftsstrukturen in den Kohlerevieren geschaffen werden können. Die aktuelle Bundesregierung setzt in ihrem Vorgehen vor allem auf staatliche Fördermaßnahmen und Subventionen. Mit insgesamt 40 Milliarden Euro Strukturhilfen sollen die Folgen des nationalen Kohleausstiegs abgemildert werden.

Allein durch die Ansiedlung von Behörden, dem Ausbau der Infrastruktur und staatlich gelenkten Maßnahmen wird der Strukturwandel allerdings nicht gelingen können. Was die Kohlereviere wirklich brauchen, sind neue Unternehmensansiedlungen und Wachstumsimpulse für bestehende Unternehmen. Um jedoch hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, muss die Attraktivität der Reviere für privates Kapital und privatwirtschaftliche Investitionen deutlich erhöht werden. Gelingen kann dies durch die Einrichtung von Sonderwirtschaftsregionen in den Kohlerevieren.

Die Erhaltung der Kohleregionen soll durch den Dreiklang aus Innovationen, Investitionen und wirtschaftlichem Aufschwung gelingen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. den Ausbau von Bildungseinrichtungen in den vom Kohleausstieg betroffenen Ländern als Grundlage wirtschaftlicher Innovationen und Ausbildung von Fachkräften zu fordern;
2. Forschungseinrichtungen in den Kohlegebieten höchstmögliche Autonomie- und Freiheitsrechte einzuräumen und das Erleichtern von Ausgründungen zu ermöglichen;
3. die Errichtung von IT- und MINT-Bildungszentren zu unterstützen, um Hochschulen für angewandte Wissenschaften beim Kompetenzausbau und -transfer zu unterstützen;
4. die Kommunen in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen zu sensibilisieren den Gewerbesteuerhebesatz als Investitionsanreiz zu reduzieren;
5. Investitionszuschüsse für Unternehmen zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und des verarbeitenden Gewerbes zum Beispiel im Rahmen einer Verbesserung des GRW-Programmes zu gewähren;

6. Planungsbeschleunigung für den Bau neuer Stromtrassen, Straßen, Bahnlinien und digitaler Netze durch vereinfachte Verfahren ermöglichen und
7. die zügige und entbürokratisierte Ansiedlung von Industrie in den betroffenen Gebieten zu erreichen. Zudem sollen Reallabore für unterschiedlichste Anwendungsfelder etabliert und dabei technische, soziale und regulatorische Neuerungen erprobt werden.

Berlin, den 29. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.